

Landesverteidigung stärken statt Auslandhilfe aufblähen

Die Schweiz verteidigt unseren unabhängigen Kleinstaat. Ihre Milizarmee ist das letzte Mittel zur Verteidigung unserer Freiheit und Souveränität und sie hat die Sicherheit von Land und Leuten zu garantieren. Die SVP prüft mögliche Volksinitiativen gegen die Aufblähung der Auslandhilfe (Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, Wirtschaftliche Massnahmen, Osthilfe) und für die Finanzierung der Landesverteidigung.

1. Ausgangslage

Das Parlament hat am 29. September 2011 für die Armee einen Sollbestand von 100'000 Militärdienstpflichtigen und einen Ausgabenplafond von 5 Milliarden Franken pro Jahr beschlossen.

Die jährlichen Ausgaben für die Landesverteidigung haben in den letzten gut 20 Jahren seit 1990 von über 6 Milliarden Franken auf den heutigen Stand von ca. 4.4 Milliarden Franken abgenommen (-20%). Zu verschiedenen Sparrunden des Bundes hat die Armee seit 1998 ausserdem zusätzlich rund 3.5 Milliarden Franken beigetragen.

Diesem Verzicht der Armee steht ein massives Ausgabenwachstum des gesamten Haushaltes gegenüber: 1990 betrug die ordentlichen Bundesaussgaben 31.6 Milliarden Franken, 2011 betrug sie 64.2 Milliarden Franken. Verschiedene Bereiche haben massiv zugelegt: 1990 beliefen sich die Bundesaussgaben für soziale Wohlfahrt auf weniger als 7 Milliarden Franken, 2011 hatten sie sich auf 20.557 Milliarden Franken fast verdreifacht. Auch die Ausgaben für Bildung und Forschung haben sich von 1990 bis 2010 von 2.916 auf 6.067 Milliarden Franken verdoppelt und werden bis 2016 jährlich um +5.1% auf Total 6.933 Milliarden Franken im Jahr 2016 weiter stark zunehmen. Der bereits hohe Beitrag an die internationale Zusammenarbeit soll von heute 1.986 Milliarden auf 2.671 Milliarden im Jahr 2016 um +35% weiter aufgebläht werden.

2. Genügend Mittel für eine vollständig ausgerüstete Armee

Die Budgeterhöhung ist gemäss Parlamentsbeschluss für folgende drei Hauptaufgaben zu verwenden:

- Ausrüstungslücken bei den Truppen schliessen bzw. reduzieren
- Investitionslücken bei den Immobilien schliessen bzw. reduzieren, Unterhaltsmängel beheben
- Die Armee rüstungsmässig und technologisch weiterentwickeln, um für die Erfüllung des Auftrages über angemessene Mittel zu verfügen

I. Ausrüstungslücken

Die Armee ist zur Zeit nur zu einem Drittel vollständig ausgerüstet. Für die vollständige Ausrüstung aller Truppen braucht es einmalige Investitionen in der Höhe von 1.5 bis 2 Milliarden Franken.

II. Immobilien

Aktuell aufgelaufener Instandsetzungsbedarf: über 4 Milliarden Franken.

Dazu kommt der Vollzug gesetzlicher Auflagen, einschliesslich der Sanierung von Altlasten: rund 1 Milliarde Franken.

In den nächsten rund 25 Jahren sind somit für Immobilien Sanierungsmassnahmen von jährlich durchschnittlich einer viertel Milliarde Franken zu tätigen.

III. Rüstungsmässige Weiterentwicklung (wichtigste Positionen)

Für die Anschaffung neuer oder die Kampfwertsteigerung älterer Rüstungsgüter ist jährlich rund eine Milliarde Franken einzusetzen. In den nächsten Jahren stehen nebst den Kampfflugzeugen folgende Beschaffungen im Vordergrund: Persönliche Ausrüstung der Soldaten, geländegängige Truppenfahrzeuge, Fliegerabwehrsysteme und Artillerie.

3. Unredliches Sparprogramm des Bundesrates

Um die Ausrüstungslücken und die Investitionslücken bei den Immobilien zu schliessen sowie die Armee auf einem einsatzbereiten Zustand zu halten, braucht es die vom Parlament beschlossenen 5 Milliarden Franken.

Der Bundesrat hält in seiner finanzpolitischen Standortbestimmung vom 1. Februar 2012 fest, dass im Jahr 2014 ein strukturelles Defizit von rund 800 Millionen Franken resultiere, davon 515 Millionen Franken für die Armee. So bereitet der Bundesrat für die Jahre 2014-2016 ein Konsolidierungsprogramm im Umfang von 800 Millionen Franken vor, 750 Millionen Franken davon durch departementsübergreifende Ausgabenkürzungen. Er wird das Sparpaket Ende Juni 2012 in die Vernehmlassung geben. Am Sparwillen hält die SVP fest. Die einseitige Fokussierung des Bundesrates auf die Kompensation der Armeefinanzierung, während andere Erhöhungen von Budgetposten des Bundes ohne jegliche Sparprogramme durchgewinkt werden, ist jedoch unlauter und muss korrigiert werden.

4. Kompensation bei explodierenden Entwicklungshilfekosten

Die SVP-Fraktion fordert, dass die zusätzlichen Mittel für die Landesverteidigung im Umfang von rund 600 Millionen Franken durch Beibehaltung der Auslandhilfe auf dem heutigen Stand erreicht werden. Bei der Auslandhilfe ist eine Aufstockung vom Jahr 2012 von 1.986 Milliarden Franken auf 2.671 Milliarden Franken bis ins Jahr 2016 geplant, was einem massiven finanziellen Mehraufwand von + 35% entspricht:

Stellt man die beschlossenen Zahlungen für die nächsten vier Jahre (2013 – 2016) den Zahlungen der vergangenen vier Jahre (2009 – 2012) gegenüber, ergibt sich eine Kostensteigerung von durchschnittlich über 600 Millionen Franken pro Jahr. Dieser Betrag entspricht genau dem notwendigen Betrag für die Stärkung der Landesverteidigung.

Voranschlag 2012 und Finanzplan: Internationale Zusammenarbeit (Humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Wirtschaftliche Massnahmen, Osthilfe)

Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015	Jahr 2016
1.986 Milliarden	2.167 Milliarden	2.367 Milliarden	2.582 Milliarden	2.671 Milliarden
	+ 9.1%	+ 9.2%	+ 9.1%	+ 3.5%

Die SVP-Fraktion verlangt, dass auf eine Erhöhung der Mittel bei der internationalen Zusammenarbeit verzichtet wird und stattdessen die 600 Millionen Franken jährlich in die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung investiert wird. **Die SVP prüft hierzu mögliche Volksinitiativen gegen die Aufblähung der Auslandhilfe und zur Sicherung der Landesverteidigung.**